

Stand: 20.04.2026 06:28:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23241

"Entlastungspaket des Bundes für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfolgreich umsetzen, für die Menschen im Freistaat endlich ein bayerisches Entlastungspaket auf dem Weg bringen, für gerechte Steuersätze eintreten und Übergewinnen aufgrund des Ukrainekriegs einen Riegel vorschieben!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23241 vom 22.06.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23298 vom 22.06.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Entlastungspaket des Bundes für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfolgreich umsetzen, für die Menschen im Freistaat endlich ein bayerisches Entlastungspaket auf dem Weg bringen, für gerechte Steuersätze eintreten und Überwinden aufgrund des Ukrainekriegs einen Riegel vorschieben!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das erfolgreiche Entlastungspaket mit einem Volumen von 15 Mrd. Euro für die Mitte der Gesellschaft, das der Bund als Reaktion auf das steigende Preisniveau und steigende Preise in bestimmten Teilmärkten im März 2022 beschlossen und bereits auf den Weg gebracht hat und das folgende Punkte enthält:

- Energiesteuer auf Kraftstoffe wird für drei Monate vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 gesenkt. Für Benzin reduziert sich der Energiesteuersatz um 29,55 ct/Liter, für Dieselmotorkraftstoff um 14,04 ct/Liter.
- Einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro für alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen.
- Kinderbonus 2022 als zusätzliche Einmalzahlung für Familien von 100 Euro pro Kind.
- Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen in Höhe von 200 Euro.
- Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld 1 in Höhe von 100 Euro.
- Stark vergünstigtes 9-Euro-Ticket für den ÖPNV.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, in Ergänzung zum Bund umgehend ein bayerisches Entlastungspaket vorzulegen. Dieses soll zumindest folgende Maßnahmen enthalten:

- Flächendeckendes 365-Euro-Ticket beim ÖPNV.
- Energiekosten- und Klimageld in Höhe von einmalig 50 Euro pro Kopf.
- Förderung von Menschen, die Grundsicherung (im Alter und bei Erwerbsminderung) erhalten, in Höhe von einmalig 100 Euro.
- Bayerische Kinderbonus als zusätzliche Einmalzahlung für Familien in Höhe von 100 Euro pro Kind.
- Unterstützung von Familien durch eine Ausweitung des Frühstücksprogramms an Schulen.

2. Der Landtag spricht sich im Lichte der ökonomischen Folgen des Ukrainekriegs und vor allem der sehr unterschiedlichen Auswirkungen von Preissteigerungen auf die einzelnen Bevölkerungs- und Einkommensgruppen dafür aus, den Einkommensteuertarif daraufhin zu überprüfen, wie es zu einer gerechten Verteilung der Belastungen kommen kann.

Über die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler soll es dabei nicht zu einer Steuererhöhung kommen, sehr wohl aber zu einer Umverteilung der Lasten zu Gunsten der Bezieherinnen und Bezieher von durchschnittlichen und geringen Einkommen.

3. Zudem spricht sich der Landtag klar dafür aus, rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die bei einigen Unternehmen anfallenden, besonders hohen Profite aufgrund des Ukrainekrieges abzuschöpfen und das Geld für die breite Bevölkerung in Deutschland einzusetzen. Dies betrifft derzeit insbesondere Energiekonzerne und könnte z. B. auch im Wege einer Übergewinnsteuer erfolgen.

Begründung:

Die Zeitenwende erfordert deutliche staatliche Anstrengungen, um die Folgen der multiplen Krisen für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Bayern abzufedern. Diesem Zweck dient das Entlastungspaket des Bundes, das durch passende bayerische Maßnahmen ergänzt werden sollte.

Zur Finanzierung stehen auch Steuermehreinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung in Höhe von insgesamt 40,6 Mrd. Euro zur Verfügung mit Mehreinnahmen von 16,2 Mrd. Euro für den Bund und 1,9 Mrd. Euro für Bayern. Insofern stehen allgemeine Steuererhöhungen nicht zur Debatte, sondern weitere Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft.

Grundsätzlich müssen aber in Zukunft mehr als bisher starke Schultern zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, um schwache Schultern zu entlasten. In diesem Zusammenhang ist auch eine Übergewinnsteuer zu sehen, die ungerechtfertigte Windfall-Profits abschöpfen soll und beispielsweise in Italien vom ehemaligen Europäischen Zentralbankchef und jetzigen Regierungschef Mario Draghi erfolgreich realisiert wurde.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD)

Drs. 18/23241

Entlastungspaket des Bundes für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfolgreich umsetzen, für die Menschen im Freistaat endlich ein bayerisches Entlastungspaket auf dem Weg bringen, für gerechte Steuersätze eintreten und Überwinden aufgrund des Ukrainekriegs einen Riegel verschieben!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Harald Güller

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Tim Pargent

Abg. Martin Böhm

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerald Pittner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Keine weiteren Belastungen für Bürger und Unternehmen (Drs. 18/23207)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Entlastungspaket des Bundes für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfolgreich umsetzen, für die Menschen im Freistaat endlich ein bayerisches Entlastungspaket auf den Weg bringen, für gerechte Steuersätze eintreten und Übergewinnen aufgrund des Ukrainekriegs einen Riegel verschieben!
(Drs. 18/23241)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Sicher, sozial und stark durch die Krise (Drs. 18/23242)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Situation, die jetzt in naher Zukunft auf uns zukommt, ist uns allen klar. Ebenso klar ist uns, welche Engpässe auf uns zukommen. Es gibt Engpässe bei den Rohstoffen; in einer zweiten Welle gibt es Mangel bei den fertigen und

halbfertigen Produkten, schließlich auch Mangel an Arbeitskräften. All das wird die Preise sicherlich nach oben treiben. Da ist es völlig müßig, darüber zu diskutieren, ob frühere Regierungen daran schuld oder ob Entwicklungen vorhersehbar waren. Ich bin mir sicher, dass das in der nachfolgenden Diskussion trotzdem einige Redner tun werden.

Eines ist aber klar: Der Staat darf nicht selbst noch dazu beitragen, die Preise weiter nach oben zu treiben. Deshalb ist es wirklich ganz wichtig festzuhalten, dass zusätzliche Belastungen in Form von Steuern oder Beitragserhöhungen wirklich das Dümms-te sind, was man politisch machen kann, um die Folgen der gegenwärtig schon ziemlich starken Inflation zu bekämpfen.

(Beifall bei der FDP)

Bei manchen Vorschlägen von allen möglichen demokratischen Parteien kann ich nur den Kopf schütteln. Ich habe einfach einmal drei Beispiele herausgegriffen: Das erste Beispiel ist, als der Fraktionsvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, vorgeschlagen hat, einen Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der Bundeswehr einzurichten. Einen solchen wirtschaftlichen Unsinn hätte ich ihm echt nicht zugetraut. Das wären Steuererhöhungen für alle Steuerzahler; aber wie gesagt, ich will nicht über die Schuldfrage diskutieren.

Das schuldenfinanzierte Sondervermögen für die Bundeswehr ist eindeutig die bessere Alternative, auch wenn ich mich bei Schuldenaufnahmen immer schwertue, wie Sie wissen. Unsere Lösung macht aber deutlich, dass es sich hier um einen Einmaleffekt in einer Ausnahmesituation handelt. Die Schuldenbremse aufzuweichen, kommt überhaupt nicht infrage.

(Beifall bei der FDP)

Die Union hat ja selbst einmal gefordert, den ursprünglichen Soli abzuschaffen. Ich hoffe, dass die Idee von Herrn Merz ganz schnell wieder in der Mottenkiste verschwindet.

Ein weiteres Beispiel ist dieses schöne Wort "Übergewinnsteuer". Wenn ich an den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion von heute Morgen denke, möchte ich in gleichem Duktus fast sagen: Das Wort gehört verboten. Eine Übergewinnsteuer ist so was von kontraproduktiv. Sie widerspricht jeglichen marktwirtschaftlichen Prinzipien. Bei ihr will irgendjemand entscheiden, was angemessener und unangemessener Gewinn ist. Wenn wir damit anfangen, wird ein politisches Steuerrecht eingeführt. Dann wäre alles der politischen Stimmung ausgeliefert. Außerdem sind solche Sondersteuern immer problematisch für Unternehmen, weil sie überhaupt keine verlässliche Basis mehr haben, auf der sie vernünftig arbeiten können.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, es wäre ein ganz massiver Schritt in eine Richtung, dass der Staat viel stärker in die Wirtschaft eingreift. Der Staat ist nun aber wirklich nicht der bessere Unternehmer.

Die dritte Idee, die noch herumgeistert, war, die Einkommensteuersätze zu erhöhen.

(Harald Güller (SPD): Bravo! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Wir zwei können dann hier diskutieren, wer der Millionär ist.

Weitere Steuererhöhungen in einer Zeit von Inflation? – Ich glaube, wir in der Ampelkoalition haben schon eine ganze Menge Entlastungen beschlossen, die zum Teil ab Juli relevant werden. Der einzig richtige Weg, den wir wirklich gehen können, ist, dass weitere Entlastungen kommen. Weiteren Kaufkraftverlusten können wir entgegenwirken. Deshalb fordere ich die Bayerische Staatsregierung auch ausdrücklich auf, im

Bundesrat nicht zu blockieren, wenn wir wirklich Steuer- und Abgabenerleichterungen durchsetzen wollen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Zwei Anmerkungen noch zu den Dringlichkeitsanträgen von SPD und CSU. In jenem der SPD mögen ja ein paar schöne Ideen drin sein. Aber wenn von einer "Gewinnabschöpfung" gesprochen wird, gegen die ich mich gerade schon ausgesprochen habe, können wir dem Antrag natürlich nicht zustimmen.

Der Dringlichkeitsantrag der CSU enthält Forderungen, die zwar schön zu lesen sind; aber die Antragsteller wissen selbst, dass sie zum Teil EU-rechtlich nicht haltbar sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das mit der "konstruktiven Opposition" lernen Sie noch.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Kaltenhauser, vielen Dank. – Als nächster Redner hat der Kollege Harald Güller für die SPD-Fraktion das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Viele Bürgerinnen und Bürger und auch Unternehmen sind sowohl aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie als auch durch Preissteigerungen aufgrund des Ukraine-Kriegs stark – um nicht zu sagen, zu stark – belastet. Deswegen ist eine generelle Mehrbelastung von allen Bürgerinnen und Bürgern und der Unternehmen sicherlich abzulehnen. Dies bringt der SPD-Antrag auch deutlich zum Ausdruck.

Der Antrag und die Debatte heute geben die Möglichkeit, kurz darauf hinzuweisen, dass das Entlastungspaket der SPD-geführten Bundesregierung mit Zustimmung der FDP und der GRÜNEN auf Bundesebene bereits gute Maßnahmen auf den Weg gebracht hat: Sei es eine einmalige Energiepreispauschale, sei es ein Kinderbonus mit einer Einmalzahlung für Familien, sei es eine Einmalzahlung für Sozialleistungsempfänger, sei es eine Einmalzahlung für Empfänger von Arbeitslosengeld I, sei es das 9-

Euro-Ticket oder, nicht zu vergessen, sei es die Entlastung bei den Preisen für Benzin und Diesel.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag und der heutige Tag machen es auch möglich, darauf hinzuweisen, was die SPD bereits vor einigen Wochen hier in den Bayerischen Landtag als Idee und Aufgabe für uns alle eingebracht hat, nämlich zusätzlich ein bayerisches Entlastungspaket auf den Weg zu bringen: ein flächendeckendes 365-Euro-Ticket im Anschluss an das 9-Euro-Ticket, ein einmaliges Energiekosten- und Klimageld für unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern, einen Grundsicherungszuschlag in Höhe von einmalig 100 Euro. Auch gibt der bayerische Kinderbonus die Möglichkeit, einmalig 100 Euro zusätzlich auf den Weg zu bringen. All dieses wäre möglich, wenn die politischen Mehrheiten in Bayern gegeben wären. Darauf möchten wir heute hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Debatte ist auch eine gute Gelegenheit, Kollege Kaltenhauser, darauf hinzuweisen, dass das FDP-Mantra "höhere Steuersätze für niemanden und niemals" schlicht und einfach falsch ist. Sie haben gerade gesagt: Wir können uns gerne darüber austauschen, was Einkommensteuersätze für Millionäre und Milliardäre bedeuten. Liebe Leute, darüber brauchen Sie nicht lange nachzudenken. Wer jährlich eine Million Euro zu versteuern hat, der, glaube ich, kann auch einen etwas höheren Einkommensteuersatz ertragen. Das heißt gleichzeitig aber auch für uns als SPD: Insgesamt wird es keine Steuererhöhungen geben. Notwendig ist eine Umverteilung der Steuerlasten! Und wenn wir bei den obersten Einkommensbereichen höhere Steuersätze haben, muss das automatisch zu niedrigeren Steuersätzen im niederen und mittleren Einkommensbereich führen. Der mittlere Einkommensbereich geht bis zu mehreren 100.000 Euro. Das ist gerecht, notwendig und gut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend noch etwas zum Thema Übergewinn. Auch da fragt er: Wo ist die Definition? – Die Definition ist ganz einfach: Wenn Energiekonzerne in diesem Jahr nach ersten Schätzungen nach Steuern voraussichtlich 34 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen – 34 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen! –, und zwar ohne dass es neue Ideen, Innovationen oder neue Geschäftsfelder gibt, dann ist das schlicht und einfach ein Übergewinn. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Bayern haben ein Recht darauf, dass dieses Geld vom Staat eingesammelt wird und für den Zweck ausgegeben wird, für den es notwendig ist, nämlich für eine Entlastung derjenigen, und zwar auch derjenigen im Unternehmerbereich, die es nötig haben, und nicht für diejenigen, die Geld und Milliarden ohne jegliche eigene Leistung mitgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Güller, vielen Dank. – Es gibt zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt vom Kollegen Kaltenhauser von der FDP.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Güller, wir haben ja schon oft darüber diskutiert. Ich finde es interessant, dass dann, wenn man nach einer Definition fragt, Beispiele geliefert werden. Als Mathematiker beziehe ich mich lieber auf eine Definition. Bitte geben Sie eine Definition, wo ein Übergewinn anfängt und wo er aufhört. Was ist ein angemessener Gewinn? Was ist ein unanständiger Gewinn? Bitte geben Sie mir eine Definition, die Quantifizierbares enthält.

Harald Güller (SPD): Einen Übergewinn stelle ich fest, wenn ich die Einnahmen bei einem Konzern gegenüber dem Vorjahr betrachte, dazu prüfe, ob es Innovationen gibt, ob es irgendwelche neuen Lizenzen gibt aufgrund neuer Geschäftsfelder, sodass neue Einnahmen generiert wurden, oder ob die Einnahmen für das gleiche Handelsvolumen zusätzlich erzielt wurden.

Ich habe Ihnen ein ganz konkretes Beispiel genannt. Dazu können Sie im "Focus" etwas nachlesen. Die Energieversorger nehmen, ohne ein anderes Geschäftsfeld zu

haben und ohne, dass sich die Mengen geändert haben, in diesem Jahr voraussichtlich 34 Milliarden Euro nach Steuern mehr ein als im letzten Jahr. Das ist ohne jeglichen Grund eine zusätzliche Einnahme, die abgeschöpft gehört – Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Lieber Kollege Güller, das Übergewicht hat unser Staat schon seit Jahren. Seit Jahren sprudeln die Steuerquellen. Ohne eigene Leistungen kommt Geld in Milliardenhöhen, in Riesenhöhen rein. Die einzige Leistung des Staats besteht darin, Abgaben zu erhöhen und über Solidaritätszuschläge oder Steuererhöhungen nachzudenken. Wie wäre es, wenn der Staat einfach mal schaut, dass er das Ganze, was jetzt reinsprudelt, wieder der Bevölkerung zurückgibt, und nicht nur überlegt, wie er es umverteilen kann? Ich glaube nicht, dass der Staat besser weiß, was wir mit unserem Geld anfangen können, als wir selber.

Harald Güller (SPD): Welches Verständnis von Staat Sie haben, habe ich schon immer gewusst, auch schon als Sie noch Mitglied in der AfD-Fraktion waren. Ich habe gewusst, dass sich seitdem auch nichts groß in Ihrem Kopf verändert hat. Dieser Staat sorgt dafür, dass es Bildung gibt. Dieser Staat sorgt für Sicherheit, für innere und für äußere Sicherheit. Dieser Staat hat viele Aufgaben, über die wir gerade zum Beispiel beim Thema Wohnungsbau diskutiert haben. Für diese Bereiche gibt dieser Staat, vermittelt durch demokratische Institutionen, nämlich den Bayerischen Landtag oder den Deutschen Bundestag bzw. auf supranationaler Ebene das Europäische Parlament, Geld aus und fasst Beschlüsse. Für all das erhebt er Steuern. Dafür erhebt er auch in sozial angemessener Weise – so hoffe ich doch –, je nachdem, wie breit die Schultern des Einzelnen sind, nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen, verschieden hohe Steuern. Genau das ist der Gegenstand unseres Antrags, für den ich noch einmal um Zustimmung bitte.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Diese beiden Anträge von der SPD bzw. von der FDP irritieren mich schon sehr. Die FDP regiert im Bund in der Ampel mit. Gleichzeitig tut sie mit ihrem Antrag aber so, als ob sie gar nicht regieren würde. Die SPD wiederum fordert ganz andere Dinge als die FDP, sie spricht von Übergewinnen und neuen Entlastungspaketen, die selbstverständlich auch Geld kosten. Letzten Endes geht es um nichts anderes als eine Überdehnung dieses Staates. Lieber Herr Kollege Güller, die oberen 10 % zahlen bereits Reichensteuer, und sie bezahlen bereits über 60 % des Steueraufkommens. Hören Sie also bitte mit diesem modernen Robin-Hood-Spiel auf, das haben wir hier schon oft genug gehabt.

(Beifall bei der CSU)

Auf jeden Fall gehen diese beiden Anträge nicht in die gleiche Richtung. Das merkt doch ein Blinder. Das ist keine Harmonie. Der normale Bürger muss von dieser Ampel-Regierung wirklich einen verheerenden Eindruck haben, nach dem, was uns hier präsentiert wird. Ich kann nur sagen: Fangen Sie endlich an, vernünftig zu regieren, die Wirklichkeit wartet nicht.

Liebe FDP, für die Durchsetzung Ihrer Forderungen würde es nach meiner Auffassung einen viel kürzeren und effektiveren Weg geben. Ich kann nur sagen: Schicken Sie Ihren Antrag zurück zum Absender, Return to Sender, und zwar an folgende Adresse: Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin. – Das ist der Berliner Dienstsitz Ihres Bundesfinanzministers. Ich finde es wirklich sehr kurios, dass der Bayerische Landtag hier und heute feststellen soll, was der Bundesvorsitzende der FDP als Bundesfinanzminister maßgeblich beschließen könnte oder sollte. Das ist doch ein Eigentor, das Sie hier ge-

schossen haben. In Wirklichkeit sind Sie nämlich in Berlin machtlos. Sie sind machtlos und rufen jetzt nach Hilfe des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegin und liebe Kollegen von der FDP, wenn Sie wirklich möchten, dass die Bürger und die Unternehmen entlastet werden, dann muss Ihr Bundesfinanzminister Christian Lindner in Berlin einfach einmal auf den Tisch hauen. Er muss einfach einmal auf den Tisch hauen. Die Ampel-Kollegen von SPD und GRÜNEN haben die Spendierhosen an, sie machen mehr als 200 Milliarden Euro Schulden in den ersten 100 Tagen dieser Regierung. Sie wollen weiter Schulden machen, um ihre Wahlversprechen umsetzen zu können. Aber anstatt auf den Tisch zu hauen, jongliert der Bundesfinanzminister virtuos mit den Staatsschulden. So schaut es aus.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Er jongliert mit den Staatsschulden. Was Schein und Sein ist, weiß der normale Bürger gar nicht mehr voneinander zu unterscheiden. Schulden sind bei Ihnen Sondervermögen. Sondervermögen deshalb, weil Sondervermögen nicht unter die Maastricht-Kriterien fallen. Sie fallen auch nicht unter die Schuldenbremse. Dieser Zaubertrick wird bald auffliegen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Bayern ist doch Schuldenkönig!)

– Wir sind auf jeden Fall in Richtung Schuldenfreiheit unterwegs. Da brauchen wir Sie nicht dazu.

Was in den Anträgen steht, das sind viele Selbstverständlichkeiten. Da steht aber kein konkreter Handlungsauftrag, lieber Herr Kollege von der FDP. Entweder ist das ein reiner Schaufensterantrag, oder Sie richten tatsächlich einen Hilferuf an den Freistaat Bayern. Das hätte man aber auch anders oder leichter haben können. Dann hätten Sie einfach hineingeschrieben: Lieber Freistaat, hilf uns, wir können uns in Berlin nicht

durchsetzen. – Anders kann ich Ihren Antrag schlicht und ergreifend nicht interpretieren.

Ich sage Ihnen noch etwas. Am Montag haben wir im CSU-Vorstand einen Beschluss gefasst. Diesen CSU-Vorstandsbeschluss empfehle ich Ihnen. Wir helfen Ihnen damit gerne weiter, denn da stehen echte Entlastungen drin, die Sie machen könnten; die der Bundesfinanzminister machen könnte. Die Bürger draußen fragen sich nämlich schon: Warum kommt der Tankrabatt bei den Benzinpreisen eigentlich nicht beim Bürger an? Die Bürger fragen sich auch, warum bei der Entlastung durch das Energiegeld Rentner, Pensionäre und Studenten ausgeschlossen worden sind. Und natürlich fragen sich auch manche Bürger: Wann kommt bei der kalten Progression endlich der Tarif auf Rädern? Also, das sind viele, viele Dinge.

Die SPD setzt mit ihrem Antrag noch mal eines drauf. Sie wollen, dass auch noch auf Landesebene ein Programm aufgelegt wird. Seien wir doch ehrlich, die Länder finanzieren das Entlastungspaket bereits mit. Deswegen lassen wir Ihnen das auch nicht durchgehen. Wir von der CSU wollen, dass wir sicher, sozial und stark durch diese Krise kommen. Wir sorgen seit 70 Jahren für solide Finanzen in Bayern. Tun Sie das auch im Bund, was wir Ihnen empfehlen, dann brauchen Sie auch keine durchschaubaren Zaubertricks.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie vielleicht schon, wir nicht!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Rede hat eine Zwischenbemerkung ausgelöst, und zwar von Herrn Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Das geschah vermutlich nicht überraschend, Herr Kollege Fackler. Was mich allerdings überrascht: Ich bin davon ausgegangen, dass Ihnen die Spielregeln durchaus klar sind. Natürlich ist es eine Frage, welche Initiativen

vom Bundesfinanzminister ausgehen. Von ihm gehen eine ganze Menge Initiativen aus. Hier ging es nur darum, dass Bayern im Bundesrat die Dinge, die dort zur Diskussion stehen, schlicht und einfach nicht behindert. Ich kann mich erinnern: Heute Morgen habe ich eine Twitter-Meldung gelesen. Da hat eine Bundestagsabgeordnete der CSU ganz massiv darauf gedrängt, dass die Schuldenbremse in jedem Fall eingehalten werden muss. Zehn Minuten später hat der Ministerpräsident getwittert, was er alles fordert, wofür Geld ausgegeben werden muss. Gleichzeitig lese ich hier Ihren Antrag, der Forderungen enthält, die EU-rechtlich überhaupt nicht machbar sind. Also, es tut mir leid, aber ohne darüber diskutieren zu wollen, woher die Forderungen ursprünglich kommen, was hier passiert, ist das Ganze doch ziemlich konfus. Die Forderungen, die die FDP stellt, sind hingegen völlig klar. Wenn diese nicht eins zu eins mit denen der SPD übereinstimmen, dann habe ich damit überhaupt kein Problem. Da hat wahrscheinlich auch die SPD kein Problem. Wir sind eine Koalition, aber wir sind nicht auf Dauer verheiratet. Wir müssen nicht alles gleich machen. Bei der CSU mag das anders sein.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Dr. Kaltenhauser. – Herr Fackler, bitte.

Wolfgang Fackler (CSU): Schön, dass Sie unseren Antrag gelesen haben. Ich kann nur noch einmal auf unseren CSU-Vorstandsbeschluss verweisen. Der ist gut, der ist richtig, da können Sie sich viele Beispiele abholen. Eine Blaupause für solides Handeln und solides politisches Agieren bekommen Sie tagtäglich hier aus München mit. In diesem Sinne: Machen Sie konsequente Politik im Sinne der bayerischen Politik, dann wird es auch in Berlin klappen. So ist der Eindruck aber ein ganz anderer.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fackler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der FDP! Der Titel Ihres Antrags mag in der jetzigen Phase noch ganz gut klingen: "Keine weiteren Belastungen für Bürger und Unternehmen". Es stimmt, in der jetzigen Phase müssen insbesondere kleine und mittlere Einkommen sowie Menschen, die auf Transfers angewiesen sind, zielgerichtet und wirksam entlastet werden. Wenn Sie aber jede Steuererhöhung für jeden in Deutschland kategorisch ausschließen, jeden Euro, das geht für uns dann doch zu weit. Man könnte zum Beispiel den Einkommensteuertarif anpassen, die kalte Progression dämpfen, kleine Einkommen entlasten, dafür aufkommensneutral den Reichensteuersatz erhöhen. Beispiel eins. Beispiel zwei: Sie könnten die Menschen bei den Energiekosten entlasten. Sie könnten das mit einer Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne finanzieren, aufkommensneutral. Das wäre alles möglich, aber diese Instrumente wollen Sie dem Finanzminister aus der Hand schlagen. Da wir dem Finanzminister keine Fessel mit einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag anlegen wollen, lehnen wir diesen Antrag ab. Wir sind der Meinung, dass die nächsten Entlastungspakete und auch Ihre Finanzierungsvorschläge in den Koalitionsausschuss in Berlin gehören. Dort sollen sie beraten werden, dort gehören sie hin, aber nicht hier zu uns in den Bayerischen Landtag, wo das auch nicht entschieden wird.

Zum SPD-Antrag: Der ist schon weitaus besser. Er macht einige gute Vorschläge. Da uns das Entlastungspaket, das Sie hier für Bayern vorschlagen, aber nicht besonders zielgerichtet vorkommt, sondern äußerst teuer, und weil es, wie schon gesagt, bei allen Menschen ankommt und nicht zielgerichtet bei den Menschen, die es wirklich brauchen, können wir uns hier nur enthalten.

Der CSU fehlt in ihrer bundespolitischen Oppositionsarbeit, die sie schon länger an den Tag legt, und auch in Ihrem Antrag tatsächlich jegliche Seriosität. Deswegen ein Tipp von uns, den GRÜNEN, die wir hier schon seit vielen Jahren seriöse Oppositionsarbeit im Bayerischen Landtag machen:

(Zurufe)

Ihre Vorschläge, die Sie in Ihrem Antrag und am Montag im Parteivorstand vorgebracht haben, wären weitaus seriöser, wenn Sie künftig auch die Gnade hätten, den Menschen mitzuteilen, wie Ihre Entlastungsvorschläge finanziert werden sollen. Dass Sie dies unterlassen, spricht für sich, hat aber mit seriöser Oppositionsarbeit aus unserer Sicht wenig zu tun. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Lindner in Berlin abliefern, das ist nicht begrüßenswert, das ist peinlich! Er hängt dort zwischen grünen und roten Salonsozialisten, und die Fäden an seiner Marionette ziehen längst schon ganz andere: die SPD mit ihrem als Stakkato artikulierten Ausgabenwahn und die EZB mit ihrer vertragswidrigen Abkehr von der Politik der Preisstabilität. Der dickste Faden an der Lindner-Marionette ist das grüne Ansinnen staatlicher Energieverteuerung.

(Beifall bei der AfD)

Das ersichtlich grün-bourgeoise Ziel ist es, die Arbeiterschaft in die Fänge des Eatismus zu treiben. So tanzt Lindner an den Fäden zwischen Koalitionsgehorsam und der Schuldenbremse – zum Stolpern verurteilt. Sie selbst stolpern schon bei der richtigen Bezifferung der Inflation: 7,9 %! Glauben Sie immer jeder Statistik? Wer von Ihnen ist denn überhaupt das letzte Mal bei Lidl, Aldi oder Norma einkaufen gewesen? Von den 650 Gütern des Warenkorbes brauchen junge Familien, alleinerziehende Mütter und Rentner nur einen kleinen Bruchteil. Bei Milch, Käse, Wurst und Brot liegt die Inflation bei 25 %! Das ist die Wahrheit. Diese Menschen verdienen unsere Hilfe.

(Beifall bei der AfD)

Hier hilft auch kein steuerpolitisches Geschwafel von Merz; denn Menschen in Not zahlen ohnehin kaum direkte Steuern. Die indirekten Steuern treffen sie dafür umso härter.

Aber die ganz große Stellschraube ist das massive Ausgabenproblem unseres Staates, auch verursacht durch die Vollalimentation Hunderttausender Ausreisepflichtiger hier in unserem Land. Nur konsequente Ausgabendisziplin eröffnet dem Staat die Möglichkeit des Einnahmeverzichtes. Dieser Verzicht kann Bürger direkt entlasten und zugleich inflationsdämpfend wirken. Wie? – Indem Anreize zur Produktionsausweitung geschaffen werden; denn nur ein reichliches Angebot wirkt der Inflation maximal entgegen. Dies ist besonders in der Landwirtschaft wichtig, um die Ernährungssicherheit unseres Volkes darzustellen. Das Kraulen von Hausschweinen auf Quadratkilometern Brachland kann man als Respekt vor der Schöpfung interpretieren oder als Ignoranz vor dem Hunger der armen Menschen bezeichnen. Solche wirren Verordnungen wachsen in den Köpfen der Eurokraten, weil Berlin unfähig ist, in Brüssel Machtpolitik zu betreiben. Alle Forderungen, die Sie beschreiben, werden dadurch konterkariert, dass wir unsere Gestaltungshoheit schon über Jahre nach Brüssel abgegeben haben und im eigenen Land fremdbestimmt leben.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ist die Wurzel aller unnötigen Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen. Ihr Antrag bedient nur Fragmente und blendet die Lebenswirklichkeit hier in Deutschland aus. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der CSU wiederum widerspricht heute der unsäglichen Politik, die Sie als "Merkelkratur" selbst mitgetragen haben.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das ist nur schwer auszuhalten!)

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der SPD ist – wie so oft – des Besprechens nicht wert.

Solche drei Anträge abzulehnen, ist der erste Schritt,

(Zuruf)

um uns unser Land zurückzuholen!

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Wann haben wir es denn verloren?)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gerald Pittner für die FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade haben wir gesehen, wie man es nicht machen kann. Der Vordner hat es eindrucksvoll bewiesen. Wir haben jede Menge demokratische Parteien in diesem Parlament, die alle – das unterstelle ich – ehrlich daran interessiert sind, die Inflation zu bekämpfen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten und aus der Situation das Beste zu machen.

(Ulrich Singer (AfD): Sie sind schuld! Sie sind die Ursache!)

Ich sage Ihnen auch: Der Antrag der FDP geht in die richtige Richtung. Daran ist viel Schönes, was wir auch teilen könnten, aber er hat auch Beiträge, die wir nicht teilen können. Zum Beispiel – Herr Kollege Fackler, nein, Herr Kollege Pargent hat es gesagt – nehmen Sie dem Finanzminister durch die Weigerung, überhaupt Steuererhöhungen ins Auge zu fassen, jegliche Möglichkeit der Reaktion. Ich bin gegen Ideologie. FREIE WÄHLER sind gegen Ideologie. Wir wollen keine Steuererhöhungen. Wir wollen auch keine Beiträge erhöhen. Das wäre bloß inflationstreibend. Natürlich will das niemand. Darüber sind wir uns auch alle einig. Aber wir wollen das nicht von vornherein ausschließen. Es kann sein, dass sich die Situation so stark verschlimmert, dass wir es in dem einen oder anderen Bereich tun müssen. Das steht nicht drin.

Herr Kollege Fackler hat natürlich recht: Warum soll ich einen Parteivorsitzenden dafür loben, dass er seinen Job macht? Das kann er alles tun. Es steht auch viel Schönes im Antrag. Sein Ansatz, keine Erhöhung der Einkommensteuer zu planen, ist völlig richtig.

Zur Übergewinnsteuer: Natürlich kann man sagen, es ist unmoralisch, Gewinne aus der Situation zu schlagen. Mir gefällt das auch nicht. Aber wollen wir deswegen unser gesamtes Rechts- und Steuersystem derart ändern, dass wir rückwirkend Sachverhalte besteuern und dafür unser gesamtes Rechtssystem aufs Spiel setzen? – Dies kann wohl nicht unser Ernst sein! Wir wollen doch etwas ganz anderes. Allein damit geht es schon los, von der Definitionsfrage einmal ganz abgesehen.

Ein Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der Bundeswehr – sorry, in den letzten Jahren ist sicherlich viel falsch gelaufen, aber die Finanzierung der Bundeswehr und der Landesverteidigung ist eine staatliche Aufgabe. Diese ist im Haushalt zu finanzieren, nirgendwo anders.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies ist auch das größte Manko des Sondervermögens. Hier muss man ganz klar feststellen: Natürlich ist eine Sonderschuldenaufnahme – denn es ist ein negatives Vermögen – in der Situation möglich und auch notwendig; aber eigentlich hätte sie in den Haushalt gehört. Hier sind wir uns doch einig.

(Zuruf)

Dies wäre klar, wahr und zulässig gewesen, und Sie hätten sogar sagen können: Die Vorgängerregierung ist schuld. Hier hätten Sie wahrscheinlich sogar recht gehabt. – Entschuldigung, die SPD war auch beteiligt. Nicht, dass sie sich dabei übersieht. – Das wäre richtig gewesen. Dass man es auch anders machen kann, stimmt natürlich. Ob dies richtig ist, ist eine andere Frage.

Deswegen haben wir unseren Antrag dagegengestellt. Natürlich ist es eine gewisse Schwäche zu fordern, keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zu erheben. Man kann sich darüber streiten, ob dies zielführend ist. Gemäß der EU ist es jedoch zulässig, für bestimmte Produkte und Branchen die Mehrwertsteuer auszusetzen. Deshalb ist der Antrag richtig, und auch alles andere, was wir fordern. Damit will ich es bewenden lassen; denn im Antrag der SPD steckt in einzelnen Punkten so viel Ideologie drin, dass ich lieber nichts dazu sagen möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Schade, ich habe eigentlich gehofft, Herr Güller gibt mir die Gelegenheit weiterzusprechen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/23207 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion sowie die Abgeordneten Klingen –

(Widerspruch)

Nein? – Dann noch einmal: Wer will dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/23207 seine Zustimmung geben? – Das sind die FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Gegenstimmen! – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Hiermit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/23241 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion.

Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/23242 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.